

## I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

### Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung dieses Vorschlags besonders bedeutsam.

#### Analysekompetenz

- Untersuchungsgegenstand differenziert wahrnehmen und fachsprachlich korrekt beschreiben (A1)
- den Wandel von Problemen und Konflikten darstellen (A11)

#### Urteilskompetenz

- Zielkonflikte angemessen erfassen (U3)
- ordnungspolitische Ansätze der Problemlösung zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen beurteilen (U10)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung des Vorschlags nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

### Inhaltlicher Bezug

Der Vorschlag bezieht sich auf das Themenfeld *Nachhaltiges Wachstum und fairer Wettbewerb – Herausforderungen wirtschaftlicher Ordnungspolitik* (Q2.2), insbesondere auf das Stichwort *Probleme sowie politische und ökonomische Kontroversität angebotsorientierter Wirtschaftspolitik* sowie auf das Themenfeld *Konjunkturanalyse und Konjunkturpolitik – Herausforderungen prozessorientierter Wirtschaftspolitik* (Q2.1), insbesondere auf das Stichwort *Erklärungsmodelle konjunktureller Schwankungen (güterwirtschaftliche und monetäre)*.

Der kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Internationale Konflikte und Konfliktbearbeitung in einer differenzierten Staatenwelt* (Q3.1), insbesondere auf das Stichwort *Ziele, Strategien und möglicher Beitrag deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zur Konfliktbearbeitung und -prävention*.

## II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

### Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: Der Kommentar von Patrick Bernau und Alexander Wulfers „Können wir uns das alles leisten?“, erschienen am 02.10.2022 auf der Internetseite faz.net, setzt sich mit der Haushaltspolitik der Ampel-Koalition auseinander.

- Trotz aller Bekenntnisse des Finanzministers zur Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 seien in diesem Jahr schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme im Umfang von bis zu 360 Milliarden Euro beschlossen worden, die aus normalen Haushaltsmitteln nicht zu finanzieren seien.
- Vor der Corona-Pandemie seien zwar immer wieder schuldenfinanzierte Investitionsprogramme gefordert worden, jedoch habe sich die geldpolitische Lage mittlerweile drastisch verändert: Die Inflation liege bei 10 Prozent und die Zinsen stiegen merklich.

- Die zusätzliche Verschuldung werde aber wegen der hohen Inflation nicht als besonders problematisch gesehen, jedoch würden die Auswirkungen der Ausgabenprogramme sehr unterschiedlich bewertet.
- Auf der einen Seite werde argumentiert, dass die zusätzlichen Staatsausgaben die Inflation verstärken könnten, wie dies in den USA zu beobachten gewesen sei.
- Auf der anderen Seite werde angeführt, dass ein großer Teil der zusätzlichen Investitionen ins Ausland abfließe und Preiserhöhungen in der aktuellen Lage nur schwer durchsetzbar seien – auch wegen der tendenziell sinkenden Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger.
- Andere Expertinnen und Experten hingegen seien der Meinung, dass sich ein weiteres Ansteigen der Inflation nicht vollständig vermeiden lasse, da auch schon vor der Energiekrise Preissteigerungen aufgrund von fehlenden Arbeitskräften und Lieferkettenproblemen begonnen hätten.
- Zu diesem Zeitpunkt befinde sich die Politik in einem Dilemma, da ein Nicht-Eingreifen des Staates eine hohe Inflation aufgrund der steigenden Energiepreise zur Folge hätte und ein Eingreifen des Staates in den Energiemarkt Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher zuversichtlicher werden lassen könnte, was wiederum die Inflation antreiben würde.
- Im Gegensatz zu anderen Ländern habe Deutschland den Vorteil, dass es aufgrund der bisher soliden Haushaltspolitik problemlos Schulden auf dem Kapitalmarkt aufnehmen könne. Aber angesichts der hohen Neuverschuldung seit Beginn der Corona-Pandemie stelle sich auch die Frage, ob die Schuldenbremse nicht gescheitert sei und Deutschland damit seine privilegierte Position verspiele.

**Aufgabe 2**

Auf folgende Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft kann z.B. eingegangen werden:

- Der Krieg sorgt für Unsicherheiten bei Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern, die sich negativ auf deren Kauf- und Investitionsentscheidungen auswirken.
- Durch den Krieg und den weitgehenden Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft fehlen dort hergestellte Güter und Dienstleistungen in Deutschland.
- Die z.T. deutlich höheren Treibstoffpreise wirken sich durch die in Folge gestiegenen Transportkosten auf viele Bereiche der Wirtschaft negativ aus und befördern die Inflation.
- Die gestiegenen Gaspreise und eine mögliche Gasknappheit verstärken die Unsicherheit der Unternehmen sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher und verursachen zusätzliche Kosten, wodurch die Kaufkraft und die Investitionsneigung der Unternehmen sinken.
- Die abnehmende Kaufkraft begünstigt die Sparneigung der Verbraucherinnen und Verbraucher und reduziert damit den Konsum noch weiter, wodurch sich die Konjunktur noch stärker eintrüben kann.
- Die steigenden Preise führen zu höheren Lohnforderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lohn-Preis-Spirale). Dies kann sich auf die Teuerungsrate auswirken und die Preise weiter steigen lassen.
- Der Staat ergreift unterstützende Maßnahmen für Unternehmen sowie für die Bürgerinnen und Bürger und verstärkt damit ggf. die Inflation.
- Unternehmen melden aufgrund der gestiegenen Kosten Konkurs an oder bauen Arbeitsplätze ab bzw. schaffen aufgrund der unklaren Zukunftsaussichten keine neuen Stellen.
- Unternehmen beenden häufig ihre Geschäfte mit russischen Unternehmen und ziehen sich aus russischen Märkten zurück, wodurch Verluste entstehen können.
- Filialen und Produktionsstätten deutscher Unternehmen werden durch den Krieg in der Ukraine zerstört, wodurch deren Geschäftstätigkeit in dem Land gefährdet bzw. unmöglich gemacht wird.
- Die Rüstungsindustrie profitiert von dem Krieg, weil Rüstungsgüter an den ukrainischen Staat geliefert werden und die Bundeswehr zusätzliche Ausgaben tätigt. Auch einzelne Unternehmen der Energiebranche erwirtschaften durch den Krieg deutliche Übergewinne.

**Aufgabe 3**

Auf folgende verfassungsrechtliche Bedingungen für Einsätze der Bundeswehr soll eingegangen werden:

- Die Verfassung setzt bewusst hohe Hürden für den Einsatz der Bundeswehr, der nur mit Zustimmung des Bundestages (Urteil BVerfG von 1994) und in engen Grenzen erfolgen kann.
- Das Grundgesetz sieht die Landesverteidigung als Kernaufgabe der Streitkräfte (Art. 87a GG). Darüber hinaus darf die Bundeswehr nur bei einem inneren Notstand und im Katastrophenfall eingesetzt werden (Art. 87a GG).
- Zur Wahrung des Friedens kann sich der Bund Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit wie etwa der UNO oder der NATO einordnen (Art. 24 GG) und im Rahmen eines Mandates einer dieser Organisationen Streitkräfte im Ausland einsetzen.

Auf die nachstehenden Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik soll eingegangen werden:

- Das Grundgesetz fordert eine wertorientierte Außenpolitik ein, die den Erhalt des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt in den Mittelpunkt stellt. Daher werden bereits in der Präambel und in Art. 1 GG der Frieden sowie die unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als wesentliche Grundwerte der Verfassung betont.
- Darüber hinaus stellt das Grundgesetz auch die Verwirklichung eines vereinten Europas (Art. 23 GG) als weiteres wichtiges Ziel der Außenpolitik heraus.
- In der Regel wird in außenpolitischen Fragen versucht, mit den EU-Partnerländern eine gemeinsame Position zu entwickeln. Alleingänge Deutschlands werden vermieden.
- Aufgrund der Vorgaben des Grundgesetzes und der politischen Tradition ist die deutsche Außenpolitik bemüht, internationale Konflikte und Krisen durch Diplomatie zu lösen. Dabei bietet sie sich als Verhandlungspartnerin an und nutzt Mittel der Entwicklungspolitik zur Erreichung ihrer Ziele.
- Innerhalb der engen Grenzen, die das Grundgesetz setzt, kann die Bundeswehr als Instrument der Außenpolitik genutzt werden. Der Einsatz des Militärs wird aber – wenn überhaupt – als Ultima Ratio in Betracht gezogen und Kampfeinsätze werden in der Regel abgelehnt.

Die verfassungsrechtlichen Vorgaben sowie die Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik können mit Beispielen veranschaulicht werden.

**Aufgabe 4**

Material 1 stellt die Funktionalität der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse in Frage, da der deutsche Staat sich in den letzten drei Jahren Ausnahmen aufgrund verschiedener Krisen einräumte. Aus Material 2 wird ersichtlich, dass in den ersten Jahren seit Inkrafttreten der Schuldenbremse der Staat das gesetzte Ziel einer Neuverschuldung von maximal 0,35 Prozent des BIP erfüllte und z.T. Überschüsse erzielen konnte. Seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich die Politik unter Berufung auf die in Art. 109 GG festgeschriebene Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notsituationen grundlegend verändert.

Folgende Argumente können für das Scheitern der Schuldenbremse angeführt werden:

- Die Einführung der Schuldenbremse geschah in einer Phase historisch niedriger Zinsen und steigender Steuereinnahmen, sodass die Einhaltung der Schuldenobergrenze bisher nur unter Idealbedingungen gelungen ist.
- Der Staat hat versucht durch die Schaffung von Sondervermögen, die in den nächsten Jahren neben dem regulären Haushalt zur Verfügung stehen sollen, eine zusätzliche Verschuldung zu ermöglichen. Damit wäre es der Regierung also nur durch die Ausgliederung bestimmter Haushaltspositionen gelungen, die Schuldenbremse ab 2023 wieder einzuhalten. Diese Art der Haushaltsführung stellt die Schuldenbremse in Frage.
- Die Schuldenbremse verhindert notwendige Zukunftsinvestitionen, die auch nach den Krisen noch angesichts der teils veralteten und maroden Infrastruktur erfolgen müssten.
- In den zuletzt eng aufeinanderfolgenden Krisen ist die Neuverschuldung, ohne Rücksicht auf das mit der Schuldenbremse verbundene Ziel, die Verschuldung zu reduzieren bzw. möglichst gering zu halten, u.a. durch die Gewährung von Unterstützungsleistungen nach dem Gießkannenprinzip, erheblich angestiegen.

Folgende Argumente können gegen das Scheitern der Schuldenbremse angeführt werden:

- Der Art. 109 GG sieht eine Ausnahmeregel für außergewöhnliche Situationen vor, und als solche können die Corona-Pandemie, die Energiekrise und der Krieg in der Ukraine gelten, so dass man nicht vom Scheitern der Schuldenbremse sprechen kann.
- Die Regierung plant die Schuldenbremse zukünftig wieder einzuhalten und damit die Sondersituation der letzten Jahre zu beenden, in der mehrere Krisen aufeinander folgten und ein Eingreifen des Staates notwendig machten. Auch das Bundesverfassungsgericht hat durch sein Urteil die Bedeutung der Schuldenbremse unterstrichen.
- Die Schuldenbremse soll verhindern, dass der Staat sich außerhalb von Krisen verschuldet – und dies ist bisher gelungen. Vor der Pandemie hat die Politik wiederholten Aufforderungen widerstanden, schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme zu realisieren.
- Die Schuldenbremse hat das Ziel, langfristig die Schuldenlast zu verringern und dies gelang vor der Pandemie und kann auch nach den aktuellen Krisen wieder gelingen.

Die Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Schuldenbremse als finanzpolitisches Instrument gescheitert ist, soll zu einer begründeten Bewertung führen.

### **III Bewertung und Beurteilung**

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO bzw. des Abzugs nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit „**ausreichend**“ (**5 Punkten**) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

**Aufgabe 1**

- der Text in Ansätzen zusammengefasst wird,

**Aufgabe 2**

- die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft in Ansätzen dargestellt werden,

**Aufgabe 3**

- die verfassungsrechtlichen Bedingungen für den Einsatz der Bundeswehr sowie die Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik in Ansätzen erläutert werden,

**Aufgabe 4**

- in Ansätzen eine Argumentation zu der Frage entwickelt wird, ob die Schuldenbremse als finanzpolitisches Instrument gescheitert ist,
- in Ansätzen eine begründete Bewertung erfolgt.

Eine Leistung ist mit „**gut**“ (**11 Punkten**) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

**Aufgabe 1**

- der Text inhaltlich treffend, strukturiert und komprimiert zusammengefasst wird,

**Aufgabe 2**

- die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft umfassend dargestellt werden,

**Aufgabe 3**

- die verfassungsrechtlichen Bedingungen für den Einsatz der Bundeswehr sowie die Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik umfassend erläutert werden,

**Aufgabe 4**

- eine differenzierte Argumentation zu der Frage entwickelt wird, ob die Schuldenbremse als finanzpolitisches Instrument gescheitert ist,
- eine begründete Bewertung erfolgt.

**Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen**

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
<b>1</b>	20			<b>20</b>
<b>2</b>	5	20		<b>25</b>
<b>3</b>	5	20		<b>25</b>
<b>4</b>			30	<b>30</b>
<b>Summe</b>	<b>30</b>	<b>40</b>	<b>30</b>	<b>100</b>

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.